

Tirol Milch strebt Fusion mit Berglandmilch an



Tirol Milch hat mit Latella eine starke Marke im Gepäck

Zusammenschluss – Die Entscheidung war heikel: Soll Tirol Milch, die Nummer vier am heimischen Milchmarkt mit der Nr. 1, der Berglandmilch, zusammengehen? Die Fusionsabsicht hatte in Juni ein kleines politisches Erdbeben ausgelöst. Landwirtschaftskammer-Präsident, Opposition und selbst der Landeshauptmann hatten sich zu Wort gemeldet und den Ausverkauf Tirols beklagt. Der Vorstoß für die Zusammenarbeit missfiel auch den Eigentümern, rund 4000 Tiroler Bauern: Obmann Hans Schweiger musste gehen.

Der neue Obmann, Stefan Lindner, beauftragte zwei Gutachter – schließlich bot sich eine Zusammenarbeit mit NÖM als Alternative an. Die Gutachter bestätigen nun den einstigen Plan. „Unter dem Strich kommen beide Untersuchungen zum Schluss, dass ein gemeinsamer Weg mit der Berglandmilch große Chancen bietet“, konstatiert Lindner. Man werde

die Eigentümer umfassend informieren. Bei einer Generalversammlung im September sollen sie entscheiden, ob sie ihre Anteile an die Genossenschafter der Berglandmilch – rund 12.000 Bauern – übertragen und dafür Anteile an der gemeinsamen Gesellschaft bekommen.

Bei der Berglandmilch hieß es, man sehe viele Synergien: „Wir sehen zahlreiche Vorteile von der Milchverarbeitung bis zum gemeinsamen Auftritt im Export“, so Sprecher Georg Lehner. Bei der Tirol Milch winken Expertise bei Hartkäse, auch die saisonal auftretenden Überschussmengen, die bisher zu Billigpreisen exportiert wurden, will man verarbeiten.

Von einem künftigen Alleingang rieten die Gutachter ab: „Um alleine konkurrenzfähig zu bleiben, müssten mehrere Millionen Euro investiert werden.“ Das wäre für die zuletzt Verluste schreibende Tirol Milch keine attraktive Option. – Paul Trummer



Thomas Malloth, Fachverbands-Obmann in der Wirtschaftskammer, übt heftige Kritik an der Maklervorordnung: „Das ist eine Unglaublichkeit“

Provisionskürzung: Makler prüfen rechtliche Schritte

Maklervorordnung – Die vom Wirtschaftsministerium verordnete Beschränkung der Maklerprovisionen auf zwei Monatsmieten sorgt in der Branche weiter für Unmut. Der Verband der Immobilienrethändler (ÖVI) erwägt rechtliche Schritte: „Derzeit lassen wir prüfen, ob die Verordnung, so wie sie jetzt in Kraft treten wird, verfassungsrechtlich anfechtbar ist“, so Präsident Udo Weinberger.

Auch in der Wirtschaftskammer ist man auf den Wirtschaftsminister nicht gut zu sprechen. „Das ist eine Unglaublichkeit, dass man einer ganzen Berufsgruppe einfach Geld stiehlt“, kritisiert Fachverbandsobmann Thomas Malloth scharf. Die Ersparnis für Mieter sei auf lange Sicht sehr bescheiden, für die 4500 Makler würden aber schwierige Zeiten an-

brechen: „Mehr als zwei Drittel sind Ein-Personen-Unternehmen. Vor allem in Wien, wo mehr gemietet als gekauft wird, wird das Kollagen in große Schwierigkeiten bringen.“ Auch die Wirtschaftskammer erwägt rechtliche Schritte, nächste Woche soll darüber entschieden werden: „Ein großer Teil der Kollegen ist der Ansicht, dass man die Verfassungskonformität der Verordnung prüfen sollte.“

Kritik kommt auch vom Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband: Durch die Verordnung wird sich das Service bei Mietgeschäften verschlechtern, kritisiert Christian Hrdlicka. Gerade im Einstiegsbereich müsse dies aber verbessert werden: „Wir fordern, dass jeder in der Branche eine Ausbildung haben muss. Das soll auch im Gewerbe recht geregelt werden.“

Arbeitsmarkt

Gehaltserhöhung statt Pension

Wer länger arbeitet, soll davon profitieren, sagt Kammerchef Leitl. Bar auf die Hand: 25 Prozent vom Pensionsanspruch.

VON MICHAEL BACHNER

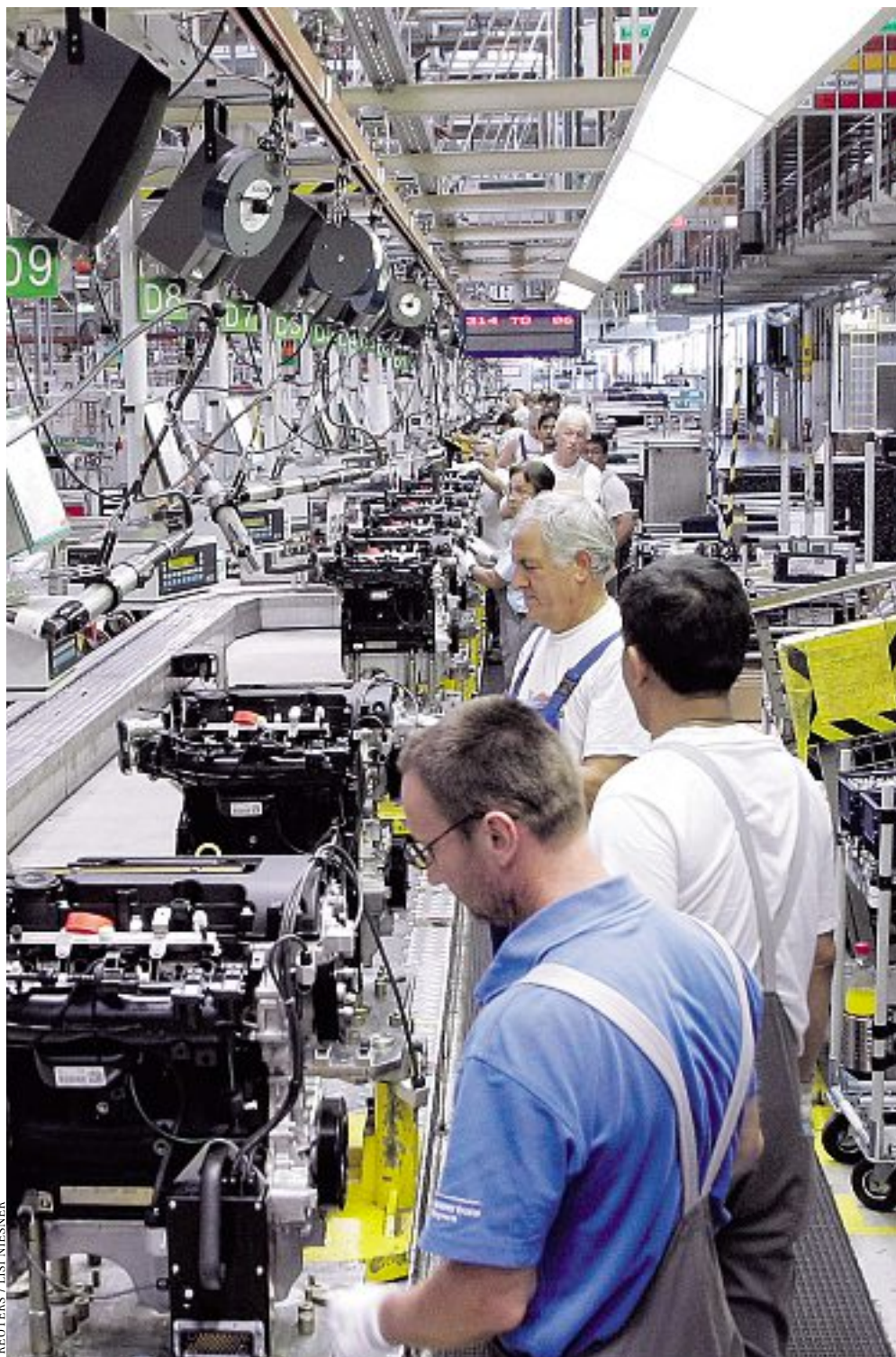
Länger arbeiten“ gilt als ein Hauptansatzpunkt um die Finanzierbarkeit der Pensionen zu sichern und das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung abzufangen. Wirtschaftskammer-Chef Christoph Leitl hat dazu beim Forum Alpbach einen neuen Vorschlag gemacht, der viel Potenzial hat.

Arbeitnehmer, die länger aktiv bleiben, werden direkt belohnt. Ebenso die jeweiligen Arbeitgeber, die die Weiterbeschäftigung ermöglichen müssen. Und sogar die öffentliche Hand profitiert, weshalb Sozialminister Rudolf Hundstorfer umgehend zugesagt hat, den Vorschlag genauer zu prüfen.

Er sieht anhand eines einfachen Beispiels so aus: Ein Arbeitnehmer verdient 1500 Euro und könnte mit seinen 62 Jahren in die Korridor pension gehen – bei einem Pensionsanspruch von 1000 Euro. Er vereinbart mit seinem Arbeitgeber jedoch, drei weitere Jahre zu arbeiten.

Die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) erspart sich also 1000 Euro an Pensionsauszahlung, die Leitl so aufteilen würde: 250 Euro direkt als Gehaltserhöhung an den Arbeitnehmer, weitere 250 Euro Prämie für den Arbeitgeber und 500 Euro verbleiben bei der PVA.

Für den Arbeitnehmer hätte dieses Anreizsystem, auch im Vergleich zur jetzt kaum genutzten Bonus/Malus-Regel, einen zweifachen Vorteil: Sofort mehr Gehalt und später eine höhere Pension, weil die Beiträge ja drei Jahre weiterbezahlt werden. Leitl: „Das ist ein höchst simples Modell bei dem alle profitieren. Schweden und Deutschland zeigen uns vor wie es geht. Es ist höchste Zeit, dass auch Österreich mit einer Erhöhung des tat-



Mehr Geld für längeres Arbeiten: Die Wirtschaftskammer spricht sich für neue, kräftige Anreize aus

sächlichen Pensionsantrittsalters das Potenzial der Älteren stärker nutzt.“

Migration Zusätzlich gibt es neue Vorschläge für den „qualifizierten Zuzug“. Wirtschaftskammer und Industrie haben ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild erarbeitet, bei dem Zuwanderer mit besonderen Qualifikationen bevorzugt werden. Das Modell wird mit der Bundesregierung im Rahmen der „Rot-Weiß-Rot-Card“ diskutiert. Bisher, das zeigen Studien, hat Österreich von allen OECD-Ländern die Migranten mit dem geringsten Bildungsniveau angelockt.

► Währungsfonds

Alterung ist teurer als die Krise

Leslie Lipschitz, Forschungsdirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF), hat in Alpbach mit der Feststellung aufhorchen lassen, dass die Kosten der Alterung der Gesellschaft jene der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise bei weitem übersteigen werden. Die demografische Entwicklung in vielen Ländern Europas sei sehr besorgniserregend. Dabei geht es um die Finanzie-

rung der Pensionen, aber auch der Pflege und Gesundheitsversorgung. Lipschitz: „Da haben wir eine Mega-Aufgabe vor uns.“

AK-Präsident Herbert Tumpel sagte, Wachstum und Beschäftigung seien die einzigen sinnvollen Wege der Budgetsanierung. „Das Hinaufsetzen des Pensionsantrittsalters bringt überhaupt nichts, weil es die Jobs in der Wirtschaft für Ältere nicht gibt“, so Tumpel.

KOMMENTAR

Der Reiz des Anreizes



Die Pensionsproblematik ist weiter ungelöst. An Reformideen mangelt es nicht.

VON MICHAEL BACHNER

Vor Fakten die Augen zu verschließen, ist gefährlich: Anfang der 70er-Jahre lag das tatsächliche Pensionsantrittsalter in Österreich bei durchschnittlich 62 Jahren. Heute – viele Frühpensionierungswellen später – verabschieden sich Herr und Frau Österreicher im Durchschnitt mit 58 Jahren in die Pension. Und das bei einer dramatisch gestiegenen Lebenserwartung.

Rechnet man daher Kindheit, Ausbildung und Pension zusammen, kommt man heute bereits auf eine „Versorgungszeit“ von 48 Jahren, die durchschnittliche „Erwerbszeit“ liegt hingegen nur noch bei 35 Jahren. Immer kürzer arbeiten, aber immer länger Pension beziehen, kann sich volkswirtschaftlich gesehen irgendwann nicht mehr ausgehen. Alles andere wäre, an den Weihnachtsmann und den Osterhasen gleichzeitig zu glauben.

Nach den Feuerwehraktionen gegen die Wirtschaftskrise wäre es nun höchste Zeit, sich wieder den Langfrist-Fragen zu widmen. Die Finanzierbarkeit des Pensionssystems ist dabei von zentraler Bedeutung. Die neueste Idee von Wirtschaftskammer-Präsident Leitl klingt grundvernünftig. Der Kern: Ein kräftiger Anreiz für beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, länger zu arbeiten und länger zu beschäftigen. Auch der Staat erspart sich Geld, weil Beiträge länger fließen. Herrlich.

Hoffentlich wird nicht auch dieser Vorschlag, wie so viele bisher, von der Politik zwar wohlwollend kommentiert, aber rasch schubladisiert.

michael.bachner@kurier.at